

Von: Othmar Karas <othmar.karas@ep.europa.eu>
Gesendet: Freitag, 27. März 2020 09:01
An: ernst@be-maier.eu
Betreff: Was tut die EU in der Coronakrise?



Sehr geehrte Damen und Herren!
Liebe Freundinnen und Freunde!

Wir durchleben so noch nie dagewesene Zeiten. Das Coronavirus hat Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen, die uns am Herzen liegen, auf die Wirtschaft, unser Alltags- und Berufsleben. Unsere Welt steht vor enormen Herausforderungen, die wir nur bewältigen können, wenn wir zusammenhalten, einander helfen, aufeinander Rücksicht nehmen und Verantwortung übernehmen. Das gilt im Kleinen wie im Großen. Wie in einer Familie müssen wir auf allen Ebenen entschlossen, abgestimmt und gemeinsam handeln - national, regional, europäisch, global. Nur so können wir einander bestmöglich unterstützen und ergänzen.

Alle Institutionen und Organe der EU arbeiten rund um die Uhr auf Hochtouren gegen die Coronakrise. Darüber möchte ich in diesem Newsletter umfassend informieren. Die Europäische Kommission koordiniert das Miteinander in täglichen Beratungen der EU-Minister und Staats- und Regierungschefs und hat eine Reihe von Gesetzesvorschlägen, Mitteilungen, Leitlinien und Empfehlungen erlassen. Erst gestern hat das Europaparlament eine neue EU-Investitionsoffensive, die Ausweitung des EU-Solidaritätsfonds und die Verhinderung von „Geisterflügen“ beschlossen. Die Eurogruppe erarbeitet konkrete Vorschläge, wie auch der Euro-Rettungsschirm jetzt die Euroländer unterstützen kann. Gleichzeitig stützen die Europäische Zentralbank, die EU-Finanzaufsicht und Europäische Investitionsbank unsere Realwirtschaft.

Die gemeinsam beschlossenen Maßnahmen betreffen vor allem die Bereiche Forschung, Wirtschaft, Verkehr und Mobilität - aber nicht nur: Auch im Gesundheits-, Arbeits- und Sozialbereich, für den in erster Linie die Mitgliedstaaten zuständig sind, tut die EU ihr Möglichstes. Sie koordiniert und unterstützt, weil die Mehrheit der nationalen Entscheidungen einen europapolitischen Rahmen benötigt. Alles was hilft, wird getan, um gemeinsam Leben zu retten, die Ausbreitung des Virus einzudämmen, medizinische Güter bereitzustellen, einen Impfstoff und Behandlungen rasch zu erforschen, den Binnenmarkt aufrechtzuerhalten und unsere Wirtschaft, kleine und mittlere Betriebe, Einzelunternehmen und Versorgungsketten zu unterstützen.

Aber die Coronakrise zeigt auch, dass wir die EU weiterentwickeln, sie handlungsfähiger, effizienter und besser machen müssen. Manche Mitgliedstaaten tendieren in Krisenzeiten zu nationalen Scheuklappen statt europäischer Weitsicht. Wegen zu wenig Europa entsteht ein nationaler Fleckerlteppich im Gesundheitsbereich. Grenzen wurden unabgestimmt geschlossen, Versorgungsketten unterbrochen, Hilfsgüter zurückgehalten. Bei der Forschung und Herstellung medizinischer Güter fehlen noch Kapazitäten. Und Ungarns Premierminister Orban schreckt nicht einmal davor zurück, die Coronakrise für eine Schwächung unserer liberalen, parlamentarischen Demokratie zu missbrauchen.

Ja, wir stoßen auch an Grenzen. Das ist ein klarer Auftrag die Zusammenarbeit zu intensivieren. Denn die

EU, das sind wir alle. Und globale Herausforderungen löst man nicht durch Mauern, Grenzen und nationale Alleingänge, sondern gemeinsam! Robert Schuman hat schon 1950 gewusst: „Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung. Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.“ Die Coronakrise ist so ein Ereignis. Wir alle können, ja müssen, auf allen Ebenen unseren Beitrag leisten und die Lehren für die Zukunft ziehen. Dann gehen wir gestärkt aus der Krise hervor.

Ihr



© Europäisches Parlament

Welche konkreten Maßnahmen hat die EU bisher beschlossen?

1. Forschung, Medizin und Ausrüstung: Was tut die EU, um das Coronavirus zu besiegen?

Solidarität mit China: Mehr als 56 Tonnen Schutzausrüstung wurden von Mitgliedstaaten - darunter auch Österreich - für China bereitgestellt. China versorgt die EU mit über zwei Millionen Schutzmasken und 50.000 Testkits. ([weitere Infos](#))

Gemeinsame Beschaffung: In kürzester Zeit konnte die EU medizinische Notfallausrüstung (Schutzmasken, Tests, Beatmungsgeräte) um 50 Millionen Euro auf dem Weltmarkt für die Mitgliedstaaten sichern. Möglich macht das der neue EU-Zivilschutz-Mechanismus „rescEU“. Durch die gebündelten Kräfte werden bessere Konditionen erzielt. ([weitere Infos](#))

Gemeinsame Forschung: Die EU unterstützt mehr als 22 gezielte Forschungsprojekte zu Impfstoffen, Diagnose und Behandlung. Gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank werden mehr als fünf Milliarden Euro investiert. ([weitere Infos hier](#) und [hier](#))

Stärkung der industriellen Produktion: Die EU-Kommission unterstützt die industrielle Produktion

medizinischer Güter nach EU-Standards durch technische Unterstützung von Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette. ([weitere Infos](#))

Kampf gegen Fake News und Propaganda: Das "EU-Schnellwarnsystem zu Desinformation" arbeitet mit den Mitgliedstaaten und Unternehmen an der Identifizierung, Klarstellung und Zurückdrängung von Falschinformationen zum Coronavirus. ([weitere Infos](#))

2. Wirtschaft: Was tut die EU, um die sozioökonomischen Folgen abzufedern?

Gemeinsame Wirtschaftshilfe: Bislang wurden mehr als 1.500 Milliarden Euro an Wirtschaftshilfe allein in der Eurozone locker gemacht, um Gesundheitssysteme, KMU, Einzelunternehmen und Arbeitsmärkte zu unterstützen. Die Hilfe kommt nicht nur von nationaler Ebene, sondern zu 94 Milliarden Euro auch aus den Töpfen der EU. Darunter:

- EU-Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronakrise ([weitere Infos hier](#) und [hier](#))
- Aufstockung des EU-Solidaritätsfonds ([weitere Infos hier](#) und [hier](#))
- Unterstützungspaket der Europäischen Investitionsbank ([weitere Infos](#))

Flexibilität bei den Schuldenregeln: Aufgrund der außerordentlichen budgetären Auswirkungen, hat die EU erstmals die „Ausweichklausel“ im Stabilitäts- und Wachstumspakt aktiviert, die nach der jüngsten Finanzkrise eingefügt wurde. ([weitere Infos](#))

Spielraum für staatliche Beihilfen: Die EU hat - so wie im Zuge der jüngsten Finanzkrise - einen befristeten Spielraum bei den gemeinsamen Beihilferegeln geschaffen. Das bedeutet maximale Befreiheit für die EU-Staaten: Sie können jedes einzelne Unternehmen mit bis zu einer Million Euro unterstützen. ([weitere Infos](#))

Geldpolitische Maßnahmen: Die Europäische Zentralbank unterstützt Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Banken und Regierungen mit günstigen Finanzierungsbedingungen durch ein neues, befristetes Anleihekaufprogramm. Insgesamt nimmt die EZB heuer mindestens 1.100 Milliarden Euro in die Hand, um eine drohende Wirtschaftskrise abzuwehren. ([weitere Infos](#))

Stärkung von Kreditvergabe und Liquidität: Die Europäische Bankenaufsicht (EBA/SSM) hat Erleichterungen für Kreditinstitute bei den aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen sowie die Verschiebung des EBA-Bankenstresstests auf 2021 beschlossen. ([weitere Infos hier](#) und [hier](#))

Zusätzlich wird derzeit erwogen:

Hilfe durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus: Die Finanzminister der Euroländer werden innerhalb von zwei Wochen konkrete Vorschläge ausarbeiten, wie der nach der jüngsten Finanzkrise geschaffene Euro-Rettungsschirm (ESM) auch in der Coronakrise die Zahlungsfähigkeit der Euroländer sichern kann. Darauf haben sich die EU-Staats- und Regierungschefs am 26. März 2020 geeinigt. ([weitere Infos](#))

Ausgabe von "Corona-Bonds": Durch eine begrenzte und zweckgebundene Ausgabe von gemeinsamen Anleihen könnten weitere Mittel für besonders bedürftige Mitgliedstaaten bereitgestellt werden. Damit wäre auch ein Schritt zur Umsetzung meiner Forderung nach einer neuen Finanzierungsform der EU über „Zukunftsanleihen“ umgesetzt. ([weitere Infos hier](#) und [hier](#))

Europäischen Arbeitslosenrückversicherung: Um nationale Maßnahmen wie Kurzarbeitsregelungen effektiv zu unterstützen, erwägt die EU-Kommission ihren diesbezüglich für Herbst 2020 geplanten Legislativvorschlag früher vorzuschlagen. ([weitere Infos](#))

3. Mobilität: Was tut die EU, um den Binnenmarkt aufrechtzuerhalten?

Schutz der EU-Außengrenzen: Die EU hat eine vorerst auf 30 Tage befristete Einreisebeschränkung von nicht notwendigen Reisen in die EU erlassen. ([weitere Infos](#))

Rückholung von EU-Bürgerinnen und Bürgern: Mehr als 2.300 EU-Bürgerinnen und Bürger wurden bisher im Rahmen des EU-Katastrophenschutzes zurückgeholt. Auch zwei österreichische Flüge waren darunter. Die Transportkosten werden bis zu 75 % aus dem EU-Budget kofinanziert. ([weitere Infos](#))

Management der Binnengrenzen: Um einen funktionsfähigen Binnenmarkt zu wahren, hat die EU-Kommission Leitlinien erlassen für Maßnahmen des Grenzmanagements zum Gesundheitsschutz und zur Sicherstellung der Verfügbarkeit von Gütern und wichtigen Diensten. Die Leitlinien regeln auch den unbehinderten Grenzübertritt für die vielen pendelnden Pflegekräfte aus vor allem Ungarn, der Slowakei und Tschechien - was für den Gesundheits- und Pflegebereich von hoher Bedeutung ist. ([weitere Infos](#))

Gewährleistung des Warenverkehrs: Die EU hat die Einrichtung sogenannter „grüner Korridore“ beschlossen, damit lebensnotwendige Güter weiterhin im Binnenmarkt zirkulieren können. ([weitere Infos](#))

Anpassung des Flugverkehrs: Um „Geisterflüge“ zu verhindern, hat das Europaparlament eine Aussetzung der Zuweisung von Zeitnischen auf Flughäfen beschlossen. Darüber hinaus hat die EU-Kommission einen Leitfaden zu Ansprüchen auf Erstattungen und Ersatzbeförderungen vorgelegt. ([weitere Infos](#))

Lieferungen medizinischer Schutzausrüstung: Wegen der Engpässe in Europa hat die EU-Kommission Exporte medizinischer Güter an Nicht-EU-Staaten unter Genehmigungsvorbehalt gestellt. Gleichzeitig koordiniert sie die Lieferungen im Binnenmarkt. Österreich nimmt an diesem Mechanismus teil und hat nicht nur Tirol, sondern auch Italien mit 130 Tonnen Material aus China versorgt. ([weitere Infos](#))

Leitlinien zum Schutz kritischer Technologien: Die EU-Kommission hat Leitlinien erlassen, um kritische europäische Vermögenswerte und Technologien in den Bereichen Gesundheit, medizinische Forschung und Biotechnologie zu schützen, ohne dabei die allgemeine Offenheit der EU für ausländische Investitionen zu beeinträchtigen. ([weitere Infos](#))

Schutz vor Überlastung des Internets: Um notwendigen Datenkapazitäten sicherzustellen, hat die EU-Kommission gemeinsam mit Plattformbetreibern eine angepasste Nutzung von Streamingdiensten vereinbart. Gemeinsam mit den zuständigen Regulierungsbehörden tut die Kommission ihr Möglichstes, um das Internet vor Cyberangriffen zu schützen. ([weitere Infos hier](#) und [hier](#))



Welche EU-Institution hat welche Rolle?

Die europäische Demokratie lässt sich durch ein globales Virus nicht in die Knie zwingen. Auch jetzt können wir uns auf die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der EU-Institutionen verlassen.

Derzeit handelt die EU vor allem in den Bereichen **Forschung, Wirtschaft, Verkehr und Mobilität**. Für den **Gesundheits-, Arbeits- und Sozialbereich** sind in erster Linie die Mitgliedstaaten zuständig (**Art. 168 des EU-Vertrages**). Durch eine koordinierende und unterstützende Funktion tut die EU

aber auch hier ihr Möglichstes. Den hohen Mehrwert der Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich hat auch der Wissenschaftsdienst des Europaparlaments dargestellt - u.a. am Beispiel von Pandemien ([Link](#)).

Der **Europäische Rat** (EU-Staats- und Regierungschefs) hat umgehend die Notwendigkeit eines gemeinsamen europäischen Ansatzes unterstrichen. Auf Konferenzschaltungen am 10., 17. und 26. März 2020 haben die EU-Staats- und Regierungschefs gemeinsam **fünf Prioritäten** im Kampf gegen das Coronavirus festgelegt, zu denen alle Mitgliedstaaten, Institutionen und Organe der EU unverzüglich Maßnahmen ergriffen haben: ([weitere Infos](#))

1. **Eindämmung der Ausbreitung des Virus**
2. **Bereitstellung medizinischer Ausrüstung**
3. **Förderung der Forschung**
4. **Bewältigung der sozioökonomischen Folgen**
5. **Unterstützung der in Drittländern festsitzenden Bürgerinnen und Bürger**

Die **Europäische Kommission**, die Exekutive der EU, koordiniert in täglichen Konferenzschaltungen die Beratungen der EU-Gesundheitsminister, der Innenminister und auch der Staats- und Regierungschefs. Zehn Tage bevor die Weltgesundheitsorganisation Corona zur Pandemie erklärt hat, setzte Präsidentin Ursula von der Leyen einen **politischen Krisenstab** und ein **Team renommierter Virologen** ein, das zweimal pro Woche tagt, um faktenbasierte Strategien und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Die EU-Kommission macht Legislativvorschläge und erlässt Mitteilungen, Durchführungsverordnungen, Leitlinien und Empfehlungen.

Das **Europäische Parlament** hat auf einer außerordentlichen Plenartagung am 26. März 2020 drei dringliche Maßnahmen als EU-Ko-Gesetzgeber mit dem **Rat der Mitgliedstaaten** beschlossen. Abgestimmt haben 687 der 705 Europaabgeordneten - zum Großteil in einem elektronischen Verfahren. Sowohl im Plenum als auch in den Ausschüssen wird die Arbeit derzeit vor allem über Videokonferenzen fortgesetzt. ([weitere Infos](#))

Herausforderung für unsere liberale, parlamentarische Demokratie

Der ungarische Premierminister Viktor Orbán will die derzeitige Krise dafür nutzen, seinen Plan, der liberalen Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit schweren Schaden zuzufügen, weiterzuführen. Er will unbegrenzt per Dekret allein regieren, obwohl es vollkommen offensichtlich ist, dass ein entschlossenes und weitreichendes Krisenmanagement keineswegs die Ausschaltung des Parlaments erfordert. Das belegen sowohl die ergriffenen Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung als auch vieler anderer europäischer Regierungen.

Es ist zynisch und skrupellos, diese schwere Krise in Europa für derart tiefgreifende machtpolitische Winkelzüge zu missbrauchen! Daher muss die Europäische Kommission dazu umgehend Stellung beziehen und falls notwendig mit dem Europäischen Gerichtshof entschieden einschreiten. ([meine Presseaussendung dazu](#))

Wo finde ich weitere Informationen?

- [Presseraum des Europäischen Parlaments](#)
- [Briefings des wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments](#)
- [Presseraum der Europäischen Kommission](#)
- [Website der Europäischen Kommission zur Coronakrise](#)

- **Pressraum des Europäischen Rates**
- **Informationen des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC)**
- **Bundeskanzleramt der Republik Österreich**

Bleiben Sie mit mir in Kontakt!



www.othmar-karas.at

Abmelden | Dieser Newsletter wurde an erst@be-maier.eu gesendet.
Wenn dieser Newsletter nicht richtig angezeigt wird, klicken Sie bitte hier.